

Denunziation im web 2.0



Vor
kur
zem
las
ich
den
Art
ike
l
„Fr
eun
des
lis
ten
nac
h
AfD
-

Anhängern durchforsten“ in der Stuttgarter Zeitung, ([link hier](#)), in dem es darum geht, wie man AfD-Anhänger in seiner Freundesliste findet und ggf. entfernt.

Dazu lesen wir als Einleitung: „Dem ein oder anderen mag es schon nicht behagen, wenn im eigenen Stadtbezirk besonders viele AfD-Wähler leben. Doch wie sieht es eigentlich mit dem Freundeskreis aus?“ Solcherlei Suchanleitungen sind indes nicht neu. Ich erinnere mich, das vor einigen Jahren die Bildzeitung eine solche Anleitung verbreitet hat.

Im weiteren Verlauf erfahren wir, dass nicht jeder, der ein like für die AfD abgegeben hat, die Partei wirklich gewählt haben muss oder diese mag und dass es auch durch technische Probleme zu einer fehlerhaften Aussage des „AfD-Suchprogrammes Graph Search“ kommen könnte. Zitat: „So kann es passieren, dass ein Freund durch die Facebook Graph Search völlig

grundlos am Pranger steht.“

Sensibel endet der Artikel wie folgt: „In jedem Fall lohnt es sich, zunächst ein Gespräch mit den Betroffenen zu suchen – statt sich vorschnell zu entfremden.“

Offensichtlich ist es also völlig normal, jemanden an den Pranger zu stellen, der die falsche Partei – also die AfD – wählt. Und ihn für diese freie, vom Grundgesetz zugesicherte Wahlfreiheit sozial zu bestrafen, d.h. die Freundschaft zu entziehen. Zudem scheint es moralisch absolut gerechtfertigt, bei seinen Freunden ohne deren Wissen gezielt nach deren politischer Meinung zu suchen. Und auch, Anleitungen für das Aufspüren unerwünschter Minderheitsmeinungen in Tageszeitungen für alle zu veröffentlichen.

Die Frage ist: Wer legt fest, was falsch ist? Gibt es überhaupt ein „falsch“? Gibt es auch Artikel, wie man DKP-Mitglieder auffindet? Und was sind Freundschaften wert, die entzogen werden, wenn man eine eigene politische Meinung vertritt, die nicht zur Mehrheit, d.h. zum Overton-Fenster gehört? (Hierzu empfehle ich auch Hyperions Beitrag über das Overton-Fenster **hier**) Wie soll überhaupt Bewegung in die Meinungsbildung kommen, wenn es solch klar definierte Tabuzonen gibt?

In der Realitätblase der Tageszeitungen und Gutmenschen, die dieses Vorgehen stützen, gibt es für den Angeklagten nur einen Weg, der Bestrafung zu entgehen. Man „bietet ihm ein Gespräch an“, wie es im Artikel empfohlen wird. Diese Passage ist pure Heuchelei, weil: Das Gespräch ist ja nicht freiwillig, denn bei Verweigerung droht ja die Entfernung aus der Freundesliste.

Und es geht in einem solchen Gespräch ja auch nicht um den freien Austausch von Meinungen. Dieser vorgetäuschte Diskurs dient nur dazu, dem anderen die Möglichkeit einzuräumen, seine Meinung hin zur herrschenden Vorgabe zu ändern, will er nicht

aus dem Kollektiv verstoßen werden. „Bekenne dich schuldig und bereue!“ ist das Motto.

Früher nannte man so etwas die Inquisition. Oder Hexenjagd. Mit dem Unterschied, dass der Inquisitor diesmal dein Freund sein könnte. Mach mir die Eva Herrmanns quasi.

Stimmt man nicht zu, wird man wahrscheinlich „gehitlert“. Gegebenenfalls sogar sozial zerstört, wenn die falsche Meinung größere Kreise zieht und auch der Arbeitgeber sozial angepasst reagiert. Und plötzlich gehört man zu einer verfolgten Minderheit.

Jemanden aufzuspüren und zu bestrafen, wenn er eine kontroverse Meinung besitzt und dies auch noch technisch zu unterstützen und medienwirksam zu fördern, stellt eine Anleitung zur Denunziation dar. Solche Verfehlungen haben wir in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts schon zweimal erleben können – mit weitreichenden, grausamen Folgen.

Solcherlei Verfehlungen sind das Kennzeichen einer weichen Diktatur. Im Osten spürt man dies noch deutlicher als im Westen aufgrund der Nähe zur letzten, selbst erlebten Diktatur.

Es ist Zeit, jetzt die Stimme zu erheben, der Wahrheit Raum zu geben und diesen Raum wieder einzufordern. Es ist Zeit, wieder Daten und Fakten in den Vordergrund zu stellen und die Diskussion von der emotionalen auf die sachliche Ebene zurückzuholen.

Geschieht dies nicht, sehe ich nur zwei mögliche Varianten der Entwicklung:

Rückzug oder Radikalisierung. Lassen wir es nicht soweit kommen.

Falls Sie weitere Artikel zur Meinungsfreiheit lesen wollen,

finden Sie **hier** und **hier** weiteren Input.